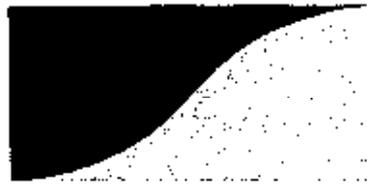


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d



Inhalt

Gerhard Schröder MdB weist die SDI-Pläne von Ministerpräsident Albrecht zurück: Keine Mark für das US-Projekt. Seite 1

Karsten D. Voigt MdB fordert eine Stellungnahme der Bundesregierung zu jüngsten Enthüllungen der „New York Times“: Undichte C-Waffen auf deutschem Boden? Seite 4

Dr. Wilhelm Bruns plädiert für eine Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen: Sicherheitspolitik nicht ausklammern. Seite 5

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB beglückwünscht Josef Felder zum 85. Geburtstag: Mit Leidenschaft gegen die Nazis. Seite 8

40. Jahrgang / 159

22. August 1985

Keine Mark für SDI!

Niedersachsen darf keine Steuergelder für das US-Projekt ausgeben

Von Gerhard Schröder MdB

Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen in Niedersachsen

SDI ist technologisch ein höchst umstrittenes Projekt, SDI ist rüstungspolitisch für Europa mit Sicherheit ein schädliches Projekt, SDI leitet die nächste Rüstungsspirale ein, SDI wird selbst von einigen verantwortlichen Mitgliedern der Bonner Regierung mit spitzen Fingern angefaßt.

Dennoch suchen andere Teile der Koalition in schon fast manischer Weise Wege, um dieses Projekt zu fördern; sei es nur um der amerikanischen Regierung zu Diensten zu sein. Da eine direkte Beteiligung der Bonner Regierung offenbar nicht durchzusetzen ist, geht man jetzt indirekte Wege:

- Bonn ermuntert Private sich zu beteiligen. Ermuntern heißt dann wahrscheinlich später: subventionieren.
- Bonn sucht sich Dumme im Lande, oder auch nur solche, die bisher eine so schlechte Politik zur technologischen Erneuerung ihrer Wirtschaft betrieben haben, daß sie zu allem bereit sind, was ihr schäbiges Mäntelchen aufzuputzen hilft.

Niedersachsen hat mit 11,9 Prozent eine der höchsten Arbeitslosenraten unter den Flächenstaaten und darüber hinaus eine sich überdurchschnittlich verschlechternde Rate.

Niedersachsen ist außerdem belastet mit einer Wirtschaftsministerin und einem Ministerpräsidenten, deren Ideologie bisher sinnvolle wirtschaftspolitische Taten des Staates verhindert haben. Die Ideologie der niedersächsischen Spitzenpolitiker verbietet der Regierung - anders als in Baden-Württemberg und Bayern, anders als in Hamburg und Nordrhein-Westfalen - das planende Mitdenken in wirtschaftspolitischen und technologiepolitischen Fragen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Zeitschriften-Übersicht
zur kostenlosen Rückmeldung
Regelung-Posten



Angesichts der wirtschaftspolitischen Mißerfolge der Niedersächsischen Landesregierung und angesichts des nahenden Wahltermins ist diese Regierung nun offenbar bereit, jeden Strohhalm als Rettungsanker zu betrachten.

100 Millionen möglicherweise 200 Millionen Steuergelder Niedersachsens sollen, zunächst als Kredit deklariert, für die Rüstungsforschung eines sogenannten Technologiezentrums Nord, vor allem aber dem Hauptträger Rheinmetall zur Verfügung gestellt werden. Jetzt ist aus dem Mund von Frau Breuel zu hören, daß dieses Geld auch dem Weltraumrüstungsforschungsprojekt SDI zu Gute kommen kann.

SDI zu finanzieren - das ist Sache der USA; Rüstungsforschung zu finanzieren - das ist allenfalls Sache von Herrn Wörner, wenn es die einschlägige Industrie nicht von selbst tut. Wenn nun niedersächsisches Steuergeld für Rüstungsforschung im allgemeinen und für SDI im besonderen ausgegeben wird, dann ist das ein teurer und beklagenswerter Beleg für das Versagen der Regierung Albrecht, neue Industrien und Technik nach Niedersachsen zu ziehen.

Es ist auch ein Beleg dafür, daß konservative Regierungen bei uns wegen ihrer ideologischen Vorbehalte gegen Planung und staatliche Aktivität offenbar unfähig sind, eine wirtschaftlich vertretbare und effektive Forschungspolitik zu betreiben.

Das Land Niedersachsen wirbt zur Zeit im Bundesgebiet mit Plakaten, die eine Gruppe Japaner im Emsland zeigen. Schön und gut. Es lohnt sich offenbar auch für Japaner die Magnetbahn im Emsland zu besichtigen. Noch besser als diese Gruppe abzulichten wäre es jedoch gewesen, von den Japanern zu lernen, daß ein Land und eine Industrie forschen und Technik entwickeln kann, ohne den teuren und gefährlichen Umweg über Rüstung, Weltraumrüstung und Weltraumforschung zu gehen. Japan lehrt uns:

- es gibt technischen Fortschritt ohne Rüstungsforschung
- es gibt Arbeitsplätze auch ohne große Rüstung.

Für die Forschungs- und Industriepolitik eines von mir geführten Landes Niedersachsen wird gelten:



- Wir werden moderne Technologien offensiv, das heißt, durchdacht und geplant fördern. Dazu werde ich einen Arbeitskreis von qualifizierten Managern und Forschern berufen, der die Landesregierung berät.
- Das Land Niedersachsen wird unter meiner Verantwortung nicht nur die großen Betriebe, sondern auch die Mittel- und Kleinbetriebe bei ihrer Forschung unterstützen und sie vor allem mit Forschungsergebnissen vertraut machen. Wir werden dabei in der Beratung sehr viel aktiver werden.
- Das Land Niedersachsen wird unter meiner Verantwortung die Bedeutung hoher Technologien erkennen, aber ihnen nicht in einer neuen Mode allein verfallen. Wer nüchtern hinschaut, der sieht heute schon, daß eine ganze Fülle großen technischen Fortschritts im Bereich sehr herkömmlicher Produkte und ihrer Produktion gemacht und eingesetzt wird. Ein gutes niedersächsisches Beispiel ist die Autoindustrie. Ich werde als Ministerpräsident klar im Bewußtsein behalten, daß es für die Masse der Arbeitsplätze, vor allem der älteren Arbeitnehmer darauf ankommt, auch diese herkömmlichen Produktionen bis hinein ins Handwerk zu fördern. Sie stellen die Mehrheit der Arbeitsplätze, sie bedürfen deshalb auch des besonderen Schutzes und der besonderen Hege durch eine politische Führung.

Diese unsere Position wird übrigens auch unsere Haltung zu EUREKA prägen. Wir sind wie auch die SPD in Bonn für eine intensive Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern. Wir sind dafür, ein großes europäisches Programm zur Erforschung unserer alltäglichen technischen Probleme und ihrer Lösungen aufzulegen. Ich persönlich bin allerdings entschieden dagegen, daß dieses EUREKA-Projekt dazu benutzt wird, um vorgegebene Kapazitäten etwa bei der französischen Weltraumindustrie nun einfach mitzufinanzieren. Man muß auch hier unterscheiden, was vorhersehbar ertragreiche Forschung ist und was nur dazu dient, Mittel für jene Subventionsempfänger bereit zu stellen, die auch heute schon als besonders clevere Kostgänger des Steuerzahlers wesentlich den Markt für Forschungsmittel abräumen.

Die Niedersächsische Landesregierung wird so unter meiner Führung mehr als bisher und mehr als manche ahnen, einer neuen Sachlichkeit verpflichtet sein.

(-/22.8.1985/rs/ks)

+ + +



Undichte G-Waffen auf deutschem Boden?

Die Bundesregierung muß zu Enthüllungen der „New York Times“ Stellung beziehen

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Aus zwei Berichten der „New York Times“ vom 11. und 12. August 1985 ergeben sich neue Fragen in Bezug auf die in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen, aber auch in Bezug auf die Produktion und Stationierung neuer chemischer Kampfstoffe.

Im Einzelnen geht es darum:

1. Die „New York Times“ berichtet, daß die bestehenden chemischen Kampfstoffe ungefähr im Durchschnitt 26 Jahre alt sind. Einige der älteren Waffen seien nach Aussagen der Armee undicht. Und selbst die Armee behaupte, daß es riskant sei, diese Waffenbestände in Krisenzeiten zu transportieren.

Weiß die Bundesregierung ob solche undichten chemischen Waffen auch in der Bundesrepublik gelagert sind?

Stimmt es, daß ein Transport dieser chemischen Waffen riskant sei?

2. Nach Aussage der „New York Times“ sollen zwei verschiedene chemische Waffen neu produziert werden. Eine sei die bekannte Bigeye-Bombe, die ein Gebiet für Stunden oder Tage unpassierbar macht. Außerdem solle als 155 mm Munition ein sogenanntes GB-Gas produziert werden, das innerhalb von 20 Minuten verfliegt, so, „daß Angreifer in das Gebiet einrücken können“.

Weiß die Bundesregierung, daß chemische Munition zu produzieren geplant ist, die dazu geeignet sein soll, nachfolgende Angriffe vorzubereiten?

Stimmt sie meiner Auffassung zu, daß ein solcher militärischer Zweck keineswegs mehr mit dem Begriff der völkerrechtlich erlaubten „Repressalie“ zu legitimieren wäre, sondern daß dies im Widerspruch zu den Auffassungen der frühereren sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen ein Schritt zur chemischen Kriegsführung wäre.

3. Die „New York Times“ berichtet ferner, daß die Bereitschaft, keine neue Waffen in der Bundesrepublik zu stationieren, möglicherweise nur die halbe Wahrheit sei, denn es sei geplant, eine der beiden Komponenten der neuen binären Kampfstoffe bereits in Friedenszeiten in Europa zu lagern, so daß die zweite Komponente innerhalb kürzester Zeit, „in der letzten Minute“, in die Bundesrepublik verbracht werden könnte.

Ist die Bundesrepublik über entsprechende Planungen informiert und welche Stellung hat sie hierzu bezogen?

Es ist ein politischer Skandal, wie die Bundesregierung versucht, jede präzise Stellungnahme zum Thema chemische Waffen zu umgehen, während gleichzeitig in den USA Entscheidungen vorbereitet werden, die deutsche Interessen unmittelbar berühren. Dies ist die bewußte Vernebelungstaktik der Bundesregierung; sie stellt objektiv nicht nur eine Mißachtung des deutschen Bundestages und seiner Ausschüsse dar, der bisher ebenfalls nie detailliert über die Haltung der Bundesregierung informiert wurde, sondern auch des amerikanischen Kongresses, der voraussichtlich am 16. September über die Aufnahme der Produktion von binären Kampfstoffen entscheiden wird.

Welche Haltung vertritt eigentlich Bundesverteidigungsminister Wörner, wenn er in den nächsten Tagen seinen Amtskollegen Caspar Weinberger trifft. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf eine befriedigende Auskunft.

(-/22.8.1985/rs/ks)

+ + +



Die deutsch-deutschen Beziehungen voranbringen

Der sicherheitspolitische Dialog mit der DDR darf nicht ausgeklammert werden

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Willy Brandt hat mehrere Male angeregt, daß der Deutschlandpolitik eine sicherheitspolitische Komponente hinzugefügt werden sollte. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl sieht hier nicht nur keinen Handlungsbedarf, sondern versucht krampfhaft, sicherheitspolitische Themen aus den deutsch-deutschen Beziehungen auszuklammern.

Dies widerspricht nicht nur unserer Interessenlage, sondern ist auch nicht mit dem Grundlagenvertrag zu vereinbaren. Nach diesem Vertrag sind beide deutsche Staaten verpflichtet, „friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten (zu) fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei (zu) tragen“. Weiter heißt es in dem bisher vernachlässigten Artikel 5 des Grundlagenvertrages: Bundesrepublik und DDR „werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen, unterstützen“. In einer mündlichen Vereinbarung über politische Konsultationen, die zum Grundlagenvertrag gehört, haben beide Regierungen vereinbart, „sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren“.

Die beiden deutschen Staaten haben sich hier zu etwas verpflichtet, was auch im zwölften Jahr der Ratifikation des Grundlagenvertrages praktisch nicht stattfindet: Gemeinsam beziehungsweise parallele Initiativen zur Sicherheit und Abrüstung. Dabei ist die grundvertragliche Verständigung lediglich der rechtliche Ausdruck für die sicherheitspolitische Lage beider deutscher Staaten. Bekanntlich lagert auf beiden Seiten der Elbe ein gegenseitiges Bedrohungspotential, das einzigartig ist auf der Welt. Hinzu kommt, daß beide deutsche Staaten an einigen sicherheitspolitischen Verhandlungstischen gleichberechtigt sitzen und in ihren Bündnissen eine herausragende Rolle haben. Ein weiterer Gesichtspunkt: Wir sind in den deutsch-deutschen Beziehungen an einem Punkt angelangt, wo die Einbeziehung der Sicherheitspolitik nicht nur unseren entspannungspolitischen Interessen entspricht, sondern auch wichtige Impulse zur Lösung originär deutschlandpolitischer Probleme geben könnte.

II.

Bekanntlich hat sich die Bonner Deutschlandpolitik bislang auf jene Fragen konzentriert, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben. Dabei wurde vieles erreicht, doch wir sind heute vom Erreichbaren immer noch ein Stück entfernt. Nicht nur dies: Seit etwa zwei Jahren gibt es einen Stillstand (einige sprechen von „Wartestand“) in den deutsch-deutschen Beziehungen. Darüber können auch jüngste Vereinbarungen über die Verlängerung des Swings im innerdeutschen Handel wie die Vereinbarung über die Streckenverbesserung auf der Transitautobahn nach Berlin hinwegtäuschen. Wir sollten jede Chance nutzen, mit der DDR auch über jene Fragen zu sprechen und ergebnisorientiert zu verhandeln, die bislang nicht zur Deutschlandpolitik der Regierung gehörten, aber wichtige Impulsgeber für die Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen sein könnten.

Wenn sowohl der Bundeskanzler wie der Staatsratsvorsitzende der DDR, Sicherheit mit immer weniger Waffen als Ziel formulieren, so müßten beide deutsche Staaten eine Politik entwickeln, die durch gemeinsame beziehungsweise parallele Initiativen in operative Schritte umgesetzt wird. Eine solche Politik ist mit der klassischen Deutschlandpolitik allein nicht zu schaffen. Diese müßte ergänzt werden durch deutsch-deutsche Sicherheitspolitik. Dabei brauchen wir nicht bei Null anzufangen. Es gilt, aus der gemeinsamen Erkenntnis, daß Sicherheit nicht allein auf Waffen aufgebaut werden kann, praktische Schritte zu entwickeln.

III.

Bevor wir uns einzelnen Themen zuwenden, die Gegenstand von deutsch-deutschen Gesprächen und Verhandlungen sein können, sollten zunächst ein paar Bemerkungen zu den Prämissen deutsch-deutscher Sicherheitspolitik gemacht werden, damit nicht ein sicherheitspolitischer Voluntarismus Platz greift. Was im einzelnen Gegenstand deutsch-deutscher Bemühungen im sicherheitspolitischen Bereich sein kann, sollte nicht a priori festgestellt werden, sondern sollte sich aus den deutsch-deutschen Konsultationen ergeben. Es versteht sich von selbst, daß beide deutsche Staaten als Partner ihrer jeweiligen Bündnisse miteinander sprechen, wobei für den Erfolg solcher Gespräche das direkt Betroffensein wie die direkte Beteiligung wichtig sind. Beides muß zusammenkommen, das heißt, die beiden deutschen Staaten müssen betroffen sein. Sie müssen aber auch an Verhandlungen beteiligt sein.

Weiter gilt, daß Bündnisentscheidungen nicht bilateral „ausgehobelt“ werden dürfen. Als Beispiel mag hier der Hinweis auf Versuche der SED gelten, den NATO-Doppelbeschluß deutsch-deutsch zu „kippen“. Hier gilt der Grundsatz: Multilaterale Entscheidungen der Bündnisse können nicht bilateral verändert werden. Bündnisübergreifende Initiativen sind dagegen möglich in den Fällen, wo es keine Bündnisentscheidung gibt.

IV.

Welche Themen eignen sich für gemeinsame beziehungsweise parallele deutsch-deutsche Initiativen? Um hier einige Beispiele (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zu geben:

- Die beiden deutschen Staaten könnten bei der Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) dem geltenden Gewaltverzicht durch konkrete Maßnahmen instrumentell Ausdruck und Wirkung verleihen. Betroffen sind beide, beteiligt sind auch beide.
- Zum Stichwort vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen: Beide sind betroffen und beide sind auch gleichberechtigt beteiligt. Vertrauen entsteht bekanntlich durch Abbau von überholten und unsinnigen Bedrohungs- und Feindbildern auf beiden Seiten. Warum ergreifen beide deutsche Staaten hier nicht geeignete Schritte?
- Der Atomwaffen-Sperrvertrag (NV-Vertrag), dem beide deutsche Staaten beigetreten sind, kennt bekanntlich zwei Kategorien von Staaten: Die Kernwaffenländer und die Nichtkernwaffenstaaten. Die beiden deutschen Staaten sind bekanntlich Nichtkernwaffenstaaten. Warum gab es keine deutsch-deutschen Konsultationen in Vorbereitung der dritten Überprüfungskonferenz des NV-Vertrages, die vom 27. August 1985 bis zum 23. September 1985 in Genf stattfindet?
- Reduzierung der Militärhaushalte und das Weiterleiten eines Teils der freiwerdenden Mittel an die Entwicklungsländer. Dieses Vorhaben ist Gegenstand der Vereinten Nationen. Die beiden deutschen Staaten haben prinzipiell ihr Interesse an diesem Vorhaben signalisiert; sind beide betroffen und könnten auch gleichberechtigt beteiligt sein.
- Ein weiteres Beispiel positiven Handelns der beiden deutschen Staaten läge in der Verhinderung einer weiteren Militarisierung der Dritten Welt. Von beiden wird wortstark diese Militarisierung in den Entwicklungsländern beklagt und wechselseitig kritisiert, daß die Entwicklungsländer mit Waffen aus kapitalistischen beziehungsweise kommunistischen Staaten beliefert werden. Die beiden deutschen Staaten sind zwar nicht Hauptgeber, könnten jedoch aus ihrer Mittelfeldposition der Geberländer Gespräche aufnehmen, mit dem Ziel, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.
- Die Sicherheitsdebatte wird durch Bedrohungsbilder bestritten, bei denen der Eindruck besteht, daß sie einer methodisch-reflektierten Analyse nicht standhalten. Dazu liegt genügend Material vor (Bruns/Ehmke/Krause, „Bedrohungsanalysen“, Bonn 1985). Ein Vorschlag, der sich aus einem ganztägigen Hearing in der Friedrich-Ebert-Stiftung im letzten Jahr ergab, sollte auch von den bei-



den deutschen Staaten aufgegriffen werden: Ost und West müßten sich zusammensetzen, nicht nur um festzustellen, daß es eine gemeinsame Bedrohung „Krieg“ gibt, sondern sich die Gegenseite fürchtet, um diese Optionen durch entsprechende Vereinbarungen schrittweise abzubauen. Warum sollten die beiden deutschen Staaten hier nicht eine solche Anregung in ihre jeweiligen Bündnisse tragen? Um dies hier beispielhaft zu spezifizieren: Verzicht auf Elemente, die von der anderen Seite jeweils als am bedrohlichsten gewertet werden, das heißt zum Beispiel, Verzicht der NATO auf nuklearen Ersteinsatz bei Abbau der Panzerüberlegenheit des Warschauer Pakts.

- Abzug von C-Waffen aus einem Gebiet, das mindestens die beiden deutschen Staaten einschließt. Dazu bedürfte es jetzt der baldigen Aufnahme von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen. Denn der Entwurf von SPD und SED ist das Ergebnis von Gesprächen zwischen beiden Parteien. Es kommt jetzt darauf an, daß die Regierungen über den Abzug von Chemiewaffen Verhandlungen führen. Die Bundesregierung sollte hier initiativ werden.

Die beiden deutschen Staaten sollten ihre sicherheitspolitische Konsultation dazu benutzen, geeignete Themen zu identifizieren, die für beide deutsche Staaten wichtig sind, und bei denen sie ihren Einfluß am stärksten zur Geltung bringen können. In der oben angeführten Liste der möglichen Gesprächs- und Verhandlungsthemen fehlt die Weltraumrüstung. Es ist nicht zu übersehen, daß die DDR die Verhinderung der Weltraumrüstung zum Thema Nummer 1 in der Sicherheitspolitik macht (wie die Sowjetunion). Es wäre jedoch verhängnisvoll, wenn die Sicherheitspolitik reduziert und eingeengt auf die Weltraumrüstung würde. Für beide deutsche Staaten gilt die Verabredung zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und seinem sowjetischen Kollegen Gromyko vom 8. Januar 1985, daß sowohl die nuklearen Mittelstreckenwaffen wie die strategischen interkontinentalen Raketen wie auch die Weltraumrüstung Gegenstand von Abrüstungsverhandlungen sind. Von der Interessenlage der beiden deutschen Staaten her gilt die prioritäre Aufmerksamkeit den nuklearen Mittelstreckenwaffen. Diese Interessenlage müßte sich in ihrer - wenn möglich abgestimmten - Politik niederschlagen.

V.

Wie leicht zu erkennen ist: Es fehlt nicht an Vorschlägen und Ideen, die Sicherheitspolitik in die Deutschlandpolitik einzubeziehen, sondern am Willen, dies zur Praxis werden zu lassen. Wir sollten hier eine Chance sehen, die deutsch-deutschen Beziehungen zu befruchten, um so die Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten voranzubringen und für die Menschen beiderseits der Elbe mehr herauszuholen.

(-/22.8.1985/rs/ks)

+ + +



Josef Felder zum 85. Geburtstag

Mit Leidenschaft gegen die Nazis und für die Demokratie gekämpft

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 24. August feiert Josef Felder seinen 85. Geburtstag. An diesem Tag gelten ihm unsere besten Wünsche für die vor ihm liegenden Jahre, aber auch unser Dank. Denn Josef Felders Leben und Wirken ist zu einem Symbol geworden. Zu einem Symbol des Kampfes der deutschen Sozialdemokraten gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus und des Eintretens dafür, daß sich dessen Ungeist in unserem Land nie wieder breit machen darf.

Dieser Kampf begann für Josef Felder schon vor 66 Jahren, als er, noch nicht zwanzig Jahre alt, Mitglied unserer Gemeinschaft wurde. Er endete auch nicht, als Josef Felder, im November 1932 in den Reichstag gewählt, mit den noch in Freiheit verbliebenen 94 sozialdemokratischen Abgeordneten am 23. März 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz vergeblich sein „Nein“ entgegensetzte. Und erst recht wurde sein Mut nicht durch Emigration und zwei Jahre Dachau gebrochen. Im Gegenteil war Josef Felder nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sofort wieder bereit, am Bau eines neuen demokratischen Staatswesens mitzuarbeiten.

Er tat dies als Chefredakteur des „Süd-Ost-Kuriers“ in Bad Reichenhall, als Chefredakteur des „Vorwärts“ und von 1957 bis 1969 als Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Mit zum besten seines Wirkens gehören die zahllosen Vorträge, in denen Josef Felder gerade in den Jahren seines Ruhestandes bis heute immer wieder aus seinem Leben und vor allem über die Ereignisse um den 30. Januar 1933 berichtet hat. Mir steht besonders eine Ansprache vor Augen, die Josef Felder bei einer Gedenkfeier aus Anlaß der 50. Wiederkehr des Tages der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes im Berliner Reichstag gehalten hat. Keiner, der diese Ansprache mitangehört hat, wird je die Leidenschaft vergessen, mit der Josef Felder die Erinnerung an die Ereignisse des 23. März 1933 wachgerufen und mit der er die Lehren aus jenen Ereignissen gezogen hat.

Eine sichtbare Anerkennung hat Josef Felders Wirken nicht zuletzt durch die Verleihung des Gustav Heinemann-Bürgerpreises im Jahr 1983 gefunden. Wir Sozialdemokraten werden unseren Dank an Josef Felder weiter dadurch abstaten, daß wir uns bemühen, aus seinen Erfahrungen zu lernen und unsere Lehren daraus zu ziehen. Denn durch Josef Felders Vorbild wird das bezeugt, was für unser sozialdemokratisches Geschichtsbewußtsein wesentlich, ja prägend ist: Wir waren in der Geschichte unseres Volkes stets die politische Kraft, die unser Volk niemals in Kriege und Katastrophen führte, sondern wir waren diejenigen, die trotz Verfolgung und Unterdrückung für ein besseres Deutschland kämpften und die gerade dann in die Verantwortung trat, wenn andere Not und Verderben über unser Volk gebracht hatten. Otto Wels hat an jenem 23. März 1933 in seiner berühmten Rede gesagt: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“ Josef Felders Wirken ist einer der besten Beweise für diese Worte.

(-/22.8.1985/rs/ks)

+ + +

